

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Karl Ravens MdL, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Niedersachsen, nach den Kommunalwahlen: Kein Grund zum Resignieren.

Seite 1/2

Freimut Duve MdB, Mitglied im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestags, setzt sich für die Verordnung von zwei autofreien Sonntagen pro Jahr ein.

Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Verkehrsausschuß, stellt die Quasi-Monopolstellung des TÜV in Frage.

Seite 4

Dokumentation: Der Bezirksvorstand der SPD in Franken beantragt die Fortschreibung des Codesberger Programms in wesentlichen Teilen. Der Antrag im Wortlaut.

Seite 5-7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 184

28. September 1981

Wer gegen den Strom schwimmt...

Zum Ausgang der Kommunalwahlen in Niedersachsen

Von Karl Ravens MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Niedersachsen

Das gestrige Kommunalwahlergebnis war für diejenigen, die die politische Entwicklung der letzten Monate aufmerksam verfolgt haben, keine Überraschung, schon gar keine Sensation. Wer gegen den Strom schwimmt, hat es schwer, trotz gewaltiger Anstrengungen voranzukommen.

Bundesweite seriöse Umfragen zeigen seit einigen Monaten, daß die SPD um acht bis zehn Prozentpunkte unter dem Wähleranteil liegt, den sie 1980 bei der Bundestagswahl erreicht hat. Die Hoffnung, die SPD könne sich bei den niedersächsischen Kommunalwahlen von diesem negativen Trend abkoppeln, wurde enttäuscht. Es bleibt festzuhalten: Die SPD hat beinahe durchgängig Verluste in einer Größenordnung zwischen fünf und zehn Prozentpunkte hinnehmen müssen.

Die These, daß die bundespolitische Großwetterlage die Kommunalwahlen in Niedersachsen überschattet hat, ist keine bequeme Entschuldigung, sondern ein hartes und für den sozialdemokratischen Kommunalpolitiker enttäuschendes Faktum.

An dem Wahlergebnis sind die Folgen des bundespolitischen Trends im wesentlichen an zwei Entwicklungen zu sehen:

- Die SPD-Stammwähler haben sich überdurchschnittlich häufig der Wahl enthalten. Es gab aber auch Abwanderungen von SPD-Wählern zur CDU.
- Ein erheblicher Teil der jüngeren Wähler, die bei der Bundestagswahl wegen des Kanzlerkandidaten Strauß noch die SPD gewählt haben, hat sich dieses Mal für die Grünen beziehungsweise für Bündnisse der Grünen/Alternativen entschieden.

Diese Aussagen stützen sich im Übrigen auch auf eine breit angelegte Wähleruntersuchung vor der Kommunalwahl in Niedersachsen, die bereits signalisierte, daß sich die niedersächsischen Wähler bei der Kommunalwahl sehr stark von bundespolitischen Gesichtspunkten leiten lassen und ebenso zeigen, daß SPD-Wähler in besonders hohem Maße zur Wahlenthaltung neigen.

Die Sozialdemokraten können mit dem Ergebnis der Kommunalwahlen nicht zufrieden sein, aber sie haben keinen Grund zur Resignation. Am allerwenigsten die Genossinnen und Genossen in den Räten und Kreistagen. Sie haben mit der Mitgliedschaft einen aktiven und engagierten Wahlkampf geführt.

Das Ergebnis der Kommunalwahlen und der uns vorliegenden Umfragen zeigt auch, daß die SPD Niedersachsen weiter vier bis fünf Prozent besser dasteht als im gesamten Bundesgebiet. Eine Verbesserung der bundespolitischen Lage wird also auch zu einer günstigeren Ausgangsposition der SPD für die Landtagswahlen führen. Die Parteien in Niedersachsen waren sich bei den ersten Wahlanalysen einig, daß die Kommunalwahl nicht als Testwahl anzusehen ist, wie sollte sie auch, die Landtagswahlen finden frühestens in acht bis neun Monaten statt.

Die Sozialdemokraten müssen vor allem das Vertrauen ihrer Stammwähler aus der Arbeitnehmerschaft zurückgewinnen. Die, die nicht zur Wahl gegangen sind, waren unzufrieden. Die Anlässe zu ihrer Unzufriedenheit müssen durch eine klare, zielgerichtete und entschlossene Politik beseitigt werden. Das gilt für das Land, aber auch für den Bund: Welche Ziele verfolgen wir und was tun wir, um sie dort, wo wir die Möglichkeit haben, auch durchzusetzen? Es muß klar werden: Die SPD steht für eine entschlossene Politik zur Sicherung der Arbeitsplätze, für die Erhaltung der mühsam erkämpften sozialen Sicherheit und für den gesellschaftlichen Frieden.

Die Grünen und die ihnen zuzurechnenden Wählergruppen sind in Niedersachsen eine politische Kraft, die nicht unterschätzt werden darf. Sie gelten als Partei, die sich mehr als die anderen um Fragen des Umweltschutzes und des Naturschutzes kümmern. Sozialdemokraten werden noch mehr deutlich machen müssen, welchen hervorragenden Stellenwert gerade diese Felder der Politik in ihrem Programm und Entscheidungen haben. Die Wähler werden erkennen, daß es nicht um wirtschaftliche Entwicklung oder Umweltschutz, sondern um beides geht. Ebenso wie die Alternative nicht heißt Individualität oder Solidarität, sondern freie Entfaltung und für den anderen da sein.

Wir haben unser Programm für 1982 bereits vorgelegt. Gemeinsam arbeiten - menschlich leben, das heißt für uns auch, wir wollen und werden nicht resignieren. Sondern wir wollen gemeinsam arbeiten, damit wir auch in Zukunft menschlich leben können.

(-/28.9.1981/ks/hgs)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



+ + +

Autofreier Sonntag? -----

Der Gesetzgeber soll zwei autofreie Sonntage im Jahr verfügen

Von Freimut Duve MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses im Deutschen Bundestag

Noch nie sind vor meinem Haus (an einer Durchgangsstraße) an einem Sonntag so viele Autos so trotzig mit überhöhten Geschwindigkeiten vorbeigerast wie an diesem "autofreien" Sonntag. Ich hatte den Eindruck, daß hier eine Gegendemonstration der Unvernünftigen, der Selbstgerechten, der Protz- und Trotzraser stattfindet. Gerade die etwas leereren Straßen wurden zu Rennstrecken.

Seit Hunderttausende von Autofahrern umwelt- und sparsbewußt fahren, gibt es Tausende von Autofahrern, die das ärgert, weil es sie nichts kostet (sie fahren auf fremde Rechnung oder haben ein dickes Portemonnaie). Sie rasen und überholen und nutzen die Lichthupe umso fahrlässiger.

Wenn wir nicht in eine zweigeteilte Autogesellschaft schlittern wollen, in der die einen sich die Selbstbeschränkung der andern zunutze machen und mit Höchstgeschwindigkeiten das von den andern eingesparte Benzin zusätzlich verfahren, kommen wir ohne größere staatliche Wachsamkeit nicht aus:

1. Alle Fahrzeuge der öffentlichen Hand müssen strenge Geschwindigkeitsbegrenzungen einhalten.
2. Auf den Autobahnen ist eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung einzuführen.
3. Zweimal im Jahr wird ein autofreier Sonntag für alle verfügt. Die wenigsten Autofahrer wissen, daß mehr als 30 Prozent unserer Bevölkerung, also mehr als 20 Millionen Menschen, vor allem Ältere, 52 autofreie Sonntage im Jahr haben, an denen sie sich zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewegen müssen - völlig unabhängig davon, ob sie im Ballungsraum oder auf dem Land wohnen.

(-/28.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Monopol des TÜV ist kein Tabu

Das Kfz-Prüfsystem muß verbraucherfreundlicher werden

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Ich unterstütze die Auffassung von Bundesverkehrsminister Hauff, daß es ein berechtigtes Anliegen der Kraftfahrer ist, als Alternative zur technischen Prüfstelle der TÜV ihre Fahrzeuge auch bei anderen Institutionen, zum Beispiel der Dekra, wie heute schon, aber auch bei den Überwachungsorganisationen der freiberuflichen Sachverständigen prüfen lassen zu können. Der Abbau des Prüfmonopols der TÜV liegt im Interesse des einzelnen Fahrzeughalters, dem daran gelegen ist, eine Alternative zu haben.

Es ist unbestritten, daß der in der Bundesrepublik erreichte Sicherheitsstand in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Sicherheitsstandard der Kfz zu sehen ist. Daß deshalb jedes Kfz einer gesetzlich festgelegten Aufsicht unterliegt, ist vernünftig und wird von den Bürgern auch akzeptiert. Daß ein kundenfreundlicher Service beim TÜV nicht immer gegeben ist, hat sich bereits auch in den Führungsetagen dieser Organisationen herumgesprochen und zu entsprechenden Aktivitäten geführt.

Bei der Sicherheitsüberprüfung von Kfz hat der TÜV ein Quasi-Monopol. Er ist so dominierend, daß vielen Bürgern kaum bewußt ist, daß der TÜV keineswegs eine staatliche Instanz ist (Ausnahme Bundesländer Hamburg und Hessen), sondern eine private Organisation, die lediglich vom Staat mit technischen Überwachungsaufgaben betraut wurde. Dieses Quasi-Monopol des TÜV wurde auch in der Vergangenheit bereits sehr kritisch vom Bundeskartellamt beurteilt, darüber hinaus gibt es verfassungsrechtliche Bedenken, die 1971 festgeschriebene Zuteilung von Prüfaufgaben an damals bestehende Organisationen beizubehalten.

Allerdings darf der in der Bundesrepublik erreichte Sicherheitsstand der Kraftfahrzeuge im Interesse der Allgemeinheit weder ernstlich gefährdet noch abgebaut werden. Die Bemühungen müssen dahingehen, das jetzt bestehende Prüfsystem zu verbessern und gleichzeitig verbraucherfreundlicher und preiswerter zu betreiben. Die Bürger müssen die Möglichkeit haben, die technische Überprüfung für jedes Fahrzeug in zumutbarer Entfernung vom Wohnort und zu möglichst günstigen Bedingungen zu haben. Schon jetzt gibt es neben den Hauptuntersuchungen bei den technischen Überwachungsvereinen besondere Untersuchungsformen. Auch die technischen Überwachungsvereine haben ihren Prüfstellen teilweise durch die freiwillige Kraftfahrzeugüberwachung (FKÜ) Selbstwettbewerb gemacht.

Das Schlagwort "Sicherheit verträgt keinen Wettbewerb" ist ernsthaft nicht haltbar. Sonst dürfte auf dem Automobilsektor überhaupt kein Wettbewerb stattfinden, da sowohl bei der Industrie als auch beim Handwerk der zweifellos bestehende starke Wettbewerb Einsparungen auf Kosten der Sicherheit begünstigen können. Es wird sich kein Wettbewerber leisten können, Marktanteile auf Kosten der Sicherheit zu erwerben.

Die jetzige Vorherrschaft des TÜV darf kein unantastbares Tabu sein, im Interesse unserer Verbraucher muß auch der TÜV sich dem Wettbewerb stellen und es muß möglich sein, daß neben der Dekra auch andere Organisationen zur Prüftätigkeit zugelassen werden können.

(-/16.9.1981/bgy/hgs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der fränkische Bezirksparteitag der SPD am 24./25. Oktober in Nürnberg wird über einen Antrag des Bezirksvorstandes entscheiden, in dem die SPD aufgefordert wird ihr Godesberger Grundsatzprogramm in wesentlichen Punkten zu ergänzen.

Godesberg muß fortgeschrieben werden

Der Parteitag fordert den Parteivorstand auf, bis zum Parteitag 1984 einen Dialog über die Standortbestimmung der SPD und die Erneuerung der Parteiorganisation zu eröffnen. Dem Parteitag ist darüber zu berichten.

Am Anfang der 80er Jahre erkennen wir weltweite, aber auch innenpolitische Veränderungen mit völlig neuen Problemstellungen, die eine über die gegenwärtige Programmatik hinausreichende Standortbestimmung der SPD verlangen.

Der Machtkampf der Großmächte hat zu einem für die Existenz der Menschheit gefährlichen Rüstungswettlauf geführt. Zugleich haben sich die bisherigen politischen Handlungskriterien als unzureichend erwiesen, die wirtschaftlichen, sozialen und ökonomischen Probleme zu lösen. Zum erstmalig in der 200jährigen Industriegeschichte werden durch den technologischen Wandel mehr Arbeitsplätze zerstört als neu geschaffen. Wir wissen, daß ein Wirtschaftswachstum im bisherigen Ausmaß nicht mehr stattfinden wird. Wir haben erkannt, daß der industrielle Prozeß die natürliche Sphäre des Lebens auf der Erde, die Biosphäre, gefährdet. Die Gefährdung wird steigen. Der Aufbruch der Dritten Welt wird die Weltordnungen und das politische Machtgefüge der Menschheit verändern.

Diese neuen Entwicklungen stehen im Widerspruch zur Bewußtseinslage des Menschen unserer Wohlstandsgesellschaft. Irrationale Reaktionen und Angst breiten sich aus. Aber auch die berechtigte Forderung nach politischer Wandlung.

Der Wohlstand und die soziale Sicherheit unserer Bürger sind in einem vor 20 Jahren noch unvorstellbaren Tempo gewachsen. Proportional gleichermaßen gewachsen ist ein verbreitetes Gefühl der Ohnmacht der Bürger gegenüber dem Staat. Gebüht ist das Gefühl der Abhängigkeit im Betrieb, das Empfinden der Wehrlosigkeit gegenüber der Manipulation der öffentlichen Meinung.

Die Wege der Meinungsvermittlung von den Regierten zu den Regierenden sind verschüttet, unterentwickelt, ungenügend. Die Kommunikationswege der Regierenden zu den Regierten wurden einseitig verstärkt. Die Parteien sind von diesem Prozeß mitebfaßt. Die Sprachlosigkeit der Bürger wächst, aber auch die Hoffnungslosigkeit und die Wut darüber, daß man "die da oben" nicht erreichen kann. Wenn die SPD zu ihrem Ziel, der Demokratisierung aller Lebensbereiche, steht, dann sind der Ausbau der Bürgerbeteiligung und der Individuelle Bürgerrechte gegenüber staatlichen Institutionen ein hervorzuhebendes Ziel.

Die Parteien haben in ihrer Programmatik, durch ihre Willensbildung, mit ihren Strukturen und Lebensformen, eine unzureichende Antwort auf die neuen Probleme gegeben. Sie unterliegen selbst einem strukturellen Wandel, den sie zu wenig beachten. In der SPD vollzieht sich gegenwärtig die größte soziale Umschichtung ihrer Geschichte. Dies gilt vor allem für die Entwicklung in den Großstädten. Der Verlust traditioneller SPD-Hochburgen in den Großstädten ist ein Symptom, aber er erfaßt noch nicht das gesamte Ausmaß der Veränderungen. Arbeiter, auch in der Phase der Verabschiedung des Godesberger Programms gewonnene Mittelschichten und Teile der jungen Generation sind bereit, bisher feste Bindungen an die SPD zu lockern und zu lösen. Dies spürt die Parteiorganisation an der Basis. Eine Antwort auf diese alarmierende Entwicklung hat die SPD bis heute nicht gegeben. Viele Ortsvereine fühlen sich alleingelassen.

Es war natürlich, daß sich die SPD nach fast 100jähriger Oppositionsrolle seit 1966 auf ihre Regierungsverantwortung, besonders im Bund, konzentrierte. Die neuen Herausforderungen verlangen von der SPD jedoch mehr als eine erfolgreiche Regierungsarbeit. Die Behauptung sozialdemokratischer Politik in der Regierungsverantwortung erfordert zunehmend auch geistig-politische Führung,

verlangt sichtbar eine ethische Orientierung, verlangt eine starke, den Bürger erreichende und den Bürger überzeugende Partei.

In der neuen Situation müssen geistig-politische Führung, müssen Klarheit und Profil sozialdemokratischer Politik, muß die Geschlossenheit des Handelns aller Sozialdemokraten einen höheren Rang erhalten. Koalitionsgefilterte Kompromisse, die immer notwendig sein werden, dürfen nicht den Eindruck der Profillosigkeit und vorrangig bloß funktionaler Lösungen erzeugen. In dieser Situation fordert der Parteitag die Partei auf, keinem Problem und keiner Diskussion auszuweichen, die Veränderungen der Welt so zu überdenken, daß Wege zu einer neuen Standortbestimmung erkennbar und möglich sind. Unser Ziel muß es sein, in diesem Dialog bei den Bürgern unseres Landes die Mehrheitsfähigkeit der SPD zu erreichen. Ein neuer geistig-politischer Aufbruch ist dafür die Voraussetzung.

Wir fordern die Fortschreibung des Godesberger Grundsatzprogramms

Der Parteitag fordert, ausgehend von der Gültigkeit der Grundwerte und Grundforderungen, die Fortschreibung des Godesberger Grundsatzprogramms. In einer deshalb zu berufenden Programmkommission müssen die Landes- und Bezirksorganisationen die Möglichkeit der Mitwirkung haben. Die These von der Notwendigkeit der Opposition zur Erneuerung einer Partei kann nicht akzeptiert werden.

Die Diskussionen um die programmatischen Grundsatzpositionen der SPD liegen 25 Jahre zurück. Deshalb konnten sich über 80 Prozent der gegenwärtigen Mitglieder der SPD bisher an einer Willensbildung über die programmatischen Positionen ihrer Partei nicht beteiligen. Wir haben mit der Mehrheit unserer Bürger und mit den gesellschaftlichen Gruppen seit den 50er Jahren keine Diskussion über das Gesamtkonzept des demokratischen Sozialismus geführt. Dabei ist unbestritten, daß sich die Voraussetzungen und die Handlungsspielräume der Politik seit den 50er Jahren entscheidend verändert haben.

Der ökonomisch-politische Orientierungsrahmen 1975-1985 hat die internationalen Fragen und Faktoren ausgeklammert. Er wurde in der letzten Phase einer starken Wachstumswirtschaft beschlossen. Deshalb kann auch er auf die neuen Probleme keine gültige Antwort geben.

Die SPD darf durch Passivität im politisch-geistigen Dialog nicht eine Lage herbeiführen, in der sich die Diskussion um die Zukunft der Gesellschaft aus der Partei hinausbewegt und die SPD nur noch auf die Forderungen engagierter Minderheiten außerhalb der SPD defensiv reagiert. Die SPD darf nicht darauf verzichten, den demokratischen Sozialismus und die Geschichte der Arbeiterbewegung als eine das Ganze gestaltende Idee zu vertreten. Die SPD darf nicht den größten Teil ihrer Kraft im inneren Konflikt und in der Auseinandersetzung mit Minderheiten verzehren. Sie muß sich neben dem Dialog mit Minderheiten vor allem darauf konzentrieren, ihre Position der Mehrheit der Wähler zu vermitteln. Ist sie dazu nicht fähig, werden die Kräfte des Neokonservatismus die Regierungsverantwortung und die Gestaltung der Gesellschaft übernehmen.

Deshalb sind der Beginn einer programmatischen Diskussion 22 Jahre nach der Verabschiedung des Godesberger Programms und Schritte zur Erneuerung der Parteiorganisation unverzichtbar.

Die Erneuerung der Parteiorganisation

Die SPD als Partei muß die treibende Kraft der Demokratisierung aller Lebensbereiche sein, damit der Bürger die Chance erhält, die Gesellschaft aktiv mitzugestalten und alle Formen ihrer Bürokratisierung oder Manipulation zurückzudrängen.

Die Parteiorganisation muß sich als Initiator und Träger des demokratischen Dialogs in der Gesellschaft begreifen. Dabei ist der SPD-Ortsverein die Basis der Parteiarbeit.

Der Parteitag fordert den Parteivorstand auf, bei einer Reform der Parteiorganisation folgende Schwerpunkte zu beachten:

Information und Medien

Die SPD hat im täglichen Informationsgeschehen keine eigene Stimme. Die Konservativen und Liberalen besitzen gegenüber der SPD eine erdrückende Medienüberle-

genheit. Der Parteivorstand wird aufgefordert, das zunächst auf drei Jahre angelegte Konzept einer sechsseitigen Tageszeitung der SPD zu entwickeln und der Partei vorzulegen, verbunden mit der Möglichkeit der Subskription eines dreijährigen Abonnements. Beim Kostenvoranschlag dieses Projekts sind die für den "Vorwärts" zu leistenden Subventionen und das Aufgehen des "Vorwärts" in eine solche Tageszeitung in die Kalkulation einzubeziehen.

Das Erscheinen lokaler Informationsblätter ist durch Modellversuche lokaler Videoberichterstattung und Videoinformation zu ergänzen. Der Parteivorstand wird aufgefordert, bis zum nächsten Parteitag über den Beginn und die Erfahrungen solcher Modellversuche zu berichten.

Die politische Bildungsarbeit in den Heimvolkshochschulen muß durch Modelle für eine politische Bildungsarbeit in den Ortsvereinen ergänzt werden. Dabei sind die neuen Möglichkeiten der Videoarbeit einzusetzen. Die Ausstattung der Partei mit Videotechnik ist zu fördern.

Der Ortsverein ist die Basis der Parteiarbeit

Die Abteilung Organisation beim Parteivorstand ist so auszustatten, daß sie in der Lage ist, die strukturelle Entwicklung der Ortsvereine zu beobachten und zu fördern, auf kritische Veränderungen zu reagieren und den Gliederungen Orientierungshilfen für die Arbeit im Ortsverein zu geben.

Die Arbeit im Ortsverein muß im "Sozialdemokrat-Magazin" in der Berichterstattung einen festen Platz einnehmen. Die Vorstände aller Gliederungen müssen sich mindestens einmal im Jahr mit der strukturellen Entwicklung der Ortsvereine befassen. Die Bezirke und der Parteivorstand haben alljährlich einen Bericht über die Entwicklung und die Probleme der Ortsvereine vorzulegen.

Die Kommunalpolitiker müssen im Ortsverein mehr als bisher eine Plattform für ihre Arbeit als Mandatsträger sehen. Es ist das Ziel der Partei, daß die Mandatsträger aller Ebenen in den Unterbezirken in gemeinsam geführten Bürgerbüros der SPD für ihre Wähler ständig erreichbar sind.

Der Parteivorstand wird aufgefordert, nach Wegen zu suchen, die allen Mitgliedern und nicht nur den Delegierten die Chance geben, an der Auswahl der Mandatsträger mitzuwirken.

Es müssen besondere Anstrengungen unternommen werden, um ArbeiterInnen und Arbeitern die Chance des parlamentarischen Mandats zu sichern.

In der Parteiorganisation muß Tendenzen entgegengetreten werden, die Parteiarbeit vorrangig auf Wahlkämpfe und auf Delegiertenkonferenzen zu reduzieren. In der Parteiarbeit - besonders im Ortsverein - muß sich die SPD spontanen Bürgeraktionen und kulturellen Lebensformen öffnen.

Wir sind gegen eine Konsum- und Krämergesellschaft, in der die Menschen zu passiven, ja stumpfsinnigen Zuschauern der politischen Ereignisse degradiert werden.

Die Parteiorganisation muß im Ortsverein durch Annahme und Vermittlung vielfältiger kultureller Lebensformen der kulturellen Verarmung ihrer Basis und der politischen Strukturen insgesamt entgegenwirken. Der Verarmung des Parteienlebens in den Städten, besonders in den Großstädten, müssen wir begegnen, indem wir die Freude an der Begegnung, an Geselligkeit, wieder in ihr Recht einsetzen. Wir müssen auch als Partei unsere Städte mit Möglichkeiten ausstatten, die dem einzelnen Mitglied der SPD die Chance einer kreativen kulturellen Tätigkeit in der Partei öffnen und der kulturellen Begegnung der Menschen dienen.

Demokratischer Sozialismus ist auch eine Ethik der Ästhetik im Dienste des Volkes. Wir wehren uns dagegen, daß, besonders in den Städten, die Menschen um ihre kreativen Fähigkeiten betrogen werden. Die SPD-Parteiorganisation muß lernen, sich als lebendiger Teil einer kulturellen Demokratie zu begreifen.

(-/28.9.1981/bgy/hgs)

+ + +

